



2016/45 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2016/45/bismarck-bleibt-verschont>

Indigene US-Amerikaner protestieren gegen den Bau einer Pipeline in North Dakota

Bismarck bleibt verschont

Von **Moritz Wichmann**

In North Dakota hat sich in den vergangenen Monaten die größte Protestbewegung indigener US-Amerikaner seit Jahrzehnten entwickelt.

Es geht um die Sicherheit der Wasserversorgung, aber auch um eine Grabstätte indigener Gemeinden.

Militärhumvees auf Indianerland, weiße Umweltschützer und Indigene gegen private Sicherheitsdienste mit Schäferhunden, Straßensperren aus ausgebrannten Pickups: Die Bilder, die in den vergangenen Wochen aus North Dakota per Facebook um die Welt gingen, zeigen, wie handfest die Auseinandersetzung um die Dakota Access Pipeline in der US-amerikanischen Prärie mittlerweile geführt wird.

Am 27. Oktober ging die Polizei gegen Gegner der Pipeline vor, die nahe der Ortschaft Cannon Ball campierten, mindestens 117 Demonstrierende wurden festgenommen – der vorläufige Höhepunkt des staatlichen Vorgehens gegen die monatelangen Proteste von über 1 000 Pipelinegegnern. Immer wieder hatten Protestierende die Bauarbeiten zuvor behindert. Mit leeren Wasserkanistern und Holzplatten bauten sie provisorische Brücken, etwa über den Cantapeta Creek, um auf das Bauland zu gelangen. In den vergangenen Wochen hatten sie sich ein Katz-und-Maus-Spiel mit der Polizei in der Graslandschaft um den Lake Oahe geliefert. Die Proteste richten sich gegen den Bau der Dakota Access Pipeline. Sie soll zwischen 470 000 und 570 000 Barrel Rohöl am Tag von North Dakota nach Illinois leiten. Die 1 885 Kilometer lange und 3,7 Milliarden US-Dollar teure Pipeline mit 76 Zentimetern Durchmesser durchquert auch die Staaten South Dakota und Iowa. Sie wird von Energy Transfer Partners, L.P., gebaut, einem Konsortium verschiedener Ölfirmen, und von 17 US-amerikanischen und internationalen Großbanken finanziert. Ein Grund für das Bauvorhaben ist auch das erklärte Ziel der US-Regierung, von ausländischen Öllieferungen unabhängiger zu werden: Durch die Erschließung weiterer Ölvorkommen vor der Küste, aber auch durch Bohrungen im Land und durch die Förderung bislang unerreichbarer Ölvorkommen mittels Fracking.

Auf ihrem Weg zu den Raffinerien in Illinois und weiteren an der Golfküste muss die Dakota Access Pipeline den Missouri überbrücken. Ursprünglich sollte sie den längsten Fluss Nordamerikas unmittelbar nördlich von Bismarck, der Hauptstadt North Dakotas, passieren. Doch Ingenieure warnten vor der Gefahr einer Grundwasserverseuchung im Fall eines Lecks. Die Pipeline wurde verlegt und soll nun direkt am Indianerreservat Standing Rock den Fluss überqueren. Kritiker stellten fest, eine mögliche Wasserkontamination gelte offenbar als akzeptabel, wenn sie die Sioux betreffe und nicht die Einwohner Bismarcks. Die Einwohnerschaft

der Stadt ist zu 95 Prozent weiß.

Doch es geht nicht nur um mögliche Umweltschäden. Die Sioux vom Stamm Standing Rock protestieren auch gegen die Pipeline, weil sie durch ein Gebiet läuft, in dem sich Gräber ihrer Vorfahren befinden. Im Juli hatten sie gegen die Ingenieure der Armee und das Genehmigungsverfahren geklagt. Im September lehnte das Gericht den Antrag auf eine vorläufige Aussetzung der Bauarbeiten ab. Im Oktober bestätigte ein Bundesgericht im Berufungsverfahren das Urteil, einen Tag vor dem Columbus Day, der an die vermeintliche Entdeckung Amerikas erinnert.

Weil der Rechtsweg bis auf Weiteres ausgeschöpft ist, bleibt den Sioux nur der Protest. Demonstrierende besetzten die Baustelle, ein Protestcamp entstand. Landesweit schlossen sich Indigene den Protesten an, die Flaggen Dutzender offiziell anerkannter Stämme wehen über dem Camp. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, auch drei Bauarbeiter wurden verletzt.

Das Online-Magazin Slate macht Pipelines als die neue »Front« bei Konflikten über Umweltschutz aus. Sie seien die Schwachstelle der kapitalintensiven Förderung von fossilen Brennstoffen und deswegen ein gutes Protestziel. Im vorigen Jahr haben Umweltschützer bereits den Bau der Keystone XL Pipeline aufgehalten. Sie sollte Öl vom kanadischen Alberta nach Nebraska leiten. In North Dakota hat sich seit der Entdeckung von Ölfeldern in dem Staat, der halb so groß ist wie Deutschland, aber nur 700 000 Einwohner hat, 2006 ein regelrechter Ölboom entwickelt, in manchen Gemeinden nahe den Ölfeldern hat sich das Einkommen und wegen zugezogener Ölarbeiter auch die Einwohnerzahl verdoppelt. Der Boom bescherte dem Bundesstaat, der an der Grenze zu Kanada und geographisch genau in der Mitte Nordamerikas liegt, zunächst einen Haushaltsüberschuss in Milliardenhöhe und die niedrigste Arbeitslosenquote der USA. Die Schattenseite des Ölbooms war ein Anstieg von Gewaltverbrechen, Drogenkriminalität und Prostitution, als plötzlich Tausende Ölarbeiter kamen. Doch der Ölpreis ist deutlich gefallen, dieses Jahr musste North Dakota ein Haushaltsdefizit von einer Milliarde Dollar ausgleichen. 8 000 bis 12 000 Arbeitsplätze und 150 Millionen Dollar Steuereinnahmen durch den Bau der Pipeline sowie weitere 55 Millionen Dollar aus deren laufendem Betrieb verspricht nun Energy Partners.

Der Demokrat Marvin Nelson, der Gouverneur von North Dakota werden will, sagte in einem Interview, eine Umleitung der Pipeline 16 Kilometer nach Norden um das Gebiet des Reservats herum könne den Konflikt befrieden. Die landesweit tätige Umweltorganisation 350.org hingegen forderte Präsident Barack Obama auf, dem gesamten Vorhaben wegen der Gefährdung der Wasserversorgung und aus Gründen des Klimaschutzes die Bauerlaubnis zu entziehen.

Obwohl die Pipeline mittlerweile fast fertig ist, wollen ihre Gegner weiter protestieren. Unter dem Hashtag #NoDAPL rufen sie für den 15. November landesweit zu Kundgebungen vor Filialen von Banken auf, die an der Finanzierung der Pipeline beteiligt sind. Die Betreiberfirma hingegen gibt auf ihrer Website an, sie könne die Arbeiten noch dieses Jahr abschließen, allerdings sei die Fertigstellung von »regulatorischen Eingriffen« abhängig.